

K+S soll 325 Millionen zahlen

KASSEL. Wegen Gewässerverunreinigung soll der Kali-Produzent K+S einem Bericht zufolge 325 Millionen Euro zahlen. Diese Abschöpfung von Einnahmen fordert die Staatsanwaltschaft im thüringischen Meiningen in der Anklage gegen Manager des Dax-Konzerns, wie die „Wirtschaftswoche“ berichtet. Demnach soll K+S rund 9,5 Millionen Kubikmeter Salzabwasser rechtswidrig versenkt haben, um mehr Kalidünger produzieren zu können. Den dadurch entstandenen Wert beziffert die Staatsanwaltschaft auf 325 Millionen Euro. Die Behörde wollte den Bericht nicht kommentieren.

Laut „Wirtschaftswoche“ wird K+S-Managern vorgeworfen, „auf Behördenvertreter eingewirkt zu haben, um eine Genehmigung zur Versenkung der Salzabfälle unter der thüringischen Gemeinde Gerstungen zu erlangen“. Es geht um Salzabwasser, welches das Unternehmen von 1999 bis 2007 in den Erdboden gepumpt haben soll. Die Genehmigung dafür erteilte das Landesbergamt, obwohl aus Sicht der Ermittler die wasserrechtlichen Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren. Das Unternehmen hält die Vorwürfe für unbegründet und die erteilten Genehmigungen für rechtmäßig.

Das Landgericht Meiningen muss nun prüfen, ob es ein Hauptverfahren eröffnet. Daneben ermittelt die Staatsanwaltschaft auch gegen ein Dutzend weitere Mitarbeiter des Konzerns sowie drei Beamte des Thüringer Landesbergamtes. Im September 2015 hatten Ermittler Büro- und Privaträume durchsucht.